

Blankart, Charles B.

**Working Paper**

## Neuere Ansätze zur Erklärung des Wachstums der Staatsausgaben: Ein interpretierender Überblick

Diskussionsbeiträge, No. 67

**Provided in Cooperation with:**

Department of Economics, University of Konstanz

*Suggested Citation:* Blankart, Charles B. (1975) : Neuere Ansätze zur Erklärung des Wachstums der Staatsausgaben: Ein interpretierender Überblick, Diskussionsbeiträge, No. 67, Universität Konstanz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/78129>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

FACHBEREICH WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN  
UNIVERSITÄT KONSTANZ

---

Neuere Ansätze zur Erklärung des  
Wachstums der Staatsausgaben -  
Ein interpretierender Überblick

Charles Beat Blankart

DISKUSSIONSBEITRÄGE

wrc  
10  
i

d48-67

D-775 Konstanz  
Postfach 733

320  
Neuere Ansätze zur Erklärung des  
Wachstums der Staatsausgaben, #  
335 Ein interpretierender Überblick, J

100\*  
Charles Beat Blankart

August 1975  
42

457 ✓  
Diskussionsbeiträge  
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften  
der Universität Konstanz ; 67, J

010  
040  
Nr. 67

Neuere Ansätze zur Erklärung des Wachstums  
der Staatsausgaben -  
Ein interpretierender Überblick

von

Charles Beat Blankart \*)  
Universität Konstanz

Mit den folgenden Ausführungen wird ein traditionelles, in den vergangenen Jahren jedoch eher in den Hintergrund geratenes Thema der deutschen Finanzwissenschaft behandelt: Die Erfassung und Darlegung der Bestimmungsgründe des Wachstums der Staatsausgaben. Einleitend wird die langfristige Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in verschiedenen Ländern anhand neu aufbereiteter Statistiken dargestellt (Abschn. 1). Sodann soll die Diskussion um die Determinanten wachsender Staatsausgaben weitergeführt werden, wobei die Ziele und Verhaltensweisen politischer Entscheidungsträger in die Analyse einbezogen werden. Mit diesen Überlegungen hat sich vor rund einer Dekade bereits SCHMIDT (1966) auseinandergesetzt, allerdings ohne nach empirischer Evidenz für seine Hypothesen zu forschen. Zwischenzeitlich sind im angelsächsischen Sprachraum zahlreiche Abhandlungen erschienen, in denen von ähnlichen Gedanken ausgegangen wird. Die dabei verwendeten Ansätze sollen im vorliegenden Beitrag, ausgehend von einem Grundmodell (Abschn. 2), auf ihre Zusammenhänge und auf ihre Erklärungskraft hin überprüft werden (Abschn. 3 bis 8).

1. Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben

Pionierarbeiten hinsichtlich der Erfassung der Staatstätigkeit haben für Deutschland ANDIĆ und VEVERKA (1964), RECKTENWALD (1962, 1965, 1970) und WEITZEL (1967), für Großbritannien PEACOCK und

---

\*) Der Autor dankt Bruno S. Frey und vor allem Werner W. Pommerehne für wertvolle Hinweise.

WISEMAN (1961) und VEVERKA (1963), für die Vereinigten Staaten von Amerika FABRICANT (1952), MUSGRAVE und CULBERTSON (1953), BATOR (1960) und MUSGRAVE (1969) und für Frankreich ANDRÉ (1973) geleistet. Unser Ziel bestand zunächst darin, die Daten für diese Länder auf den neuesten Stand zu bringen. Dabei erwies es sich als sinnvoll, nicht nur die fehlenden Jahre anzuhängen, sondern für alle Reihen aus Gründen der Vergleichbarkeit das Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde zu legen. Es wird daher grundsätzlich zwischen Ausgaben für Güter und Dienste und solchen für Transfers unterschieden. Für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Ausgabenposten aus den Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnommen, scheinen diese Statistiken doch am ehesten eine internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Daten vor dem Zweiten Weltkrieg wurden weitgehend anhand der obenerwähnten Studien ermittelt.<sup>1)</sup> Bezugsgröße bildet das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (NSPF)<sup>2)</sup>, denn nur von ihm liegen für alle hier untersuchten Länder vollständige Zeitreihen vor.

Die Entwicklung der Staatsausgabenquote (am NSPF) läßt sich für die vergangenen 100 Jahre - bedingt durch die beiden Weltkriege - in drei Perioden einteilen (vgl. Fig. 1 sowie Tabellenanhang):

1. Vor dem Ersten Weltkrieg bleibt der Staatsanteil in allen untersuchten Ländern weitgehend konstant bei etwa 10 Prozent des NSPF. Die Vereinigten Staaten von Amerika liegen mit 8 Prozent etwas darunter, Deutschland, Frankreich und Großbritannien leicht darüber. In allen Ländern stellen die Ausgaben für Güter und Dienste den Hauptteil der Gesamtausgaben dar. Transferausgaben haben - außer im Falle Deutschlands - keine wesentliche Bedeutung.

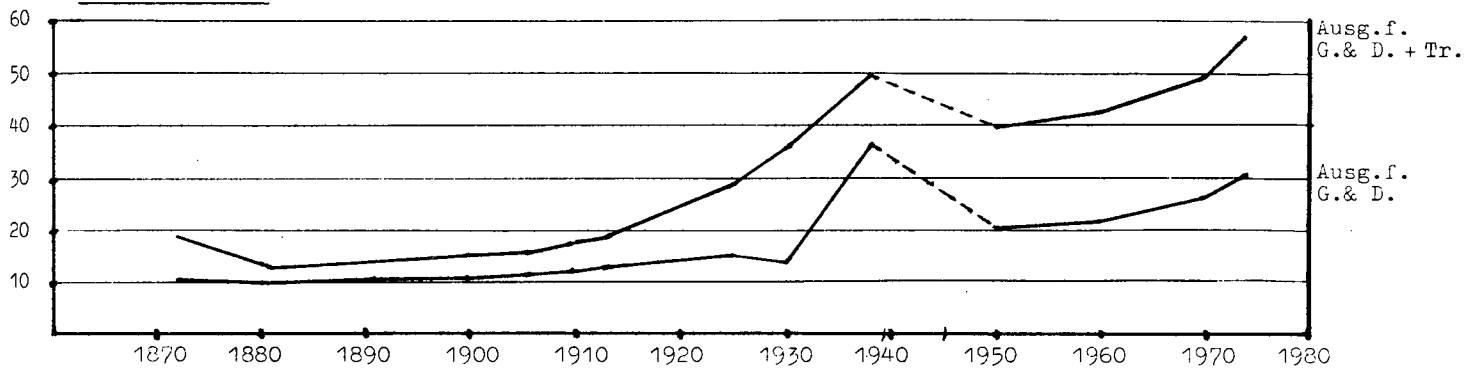
---

<sup>1)</sup> Die umfangreichen Berechnungen wären kaum möglich gewesen, hätte das Ausgangsmaterial nicht großteils der Datenbank über staatliche Aktivität an der Universität Konstanz entnommen werden können (vgl. POMMEREHNE 1975).

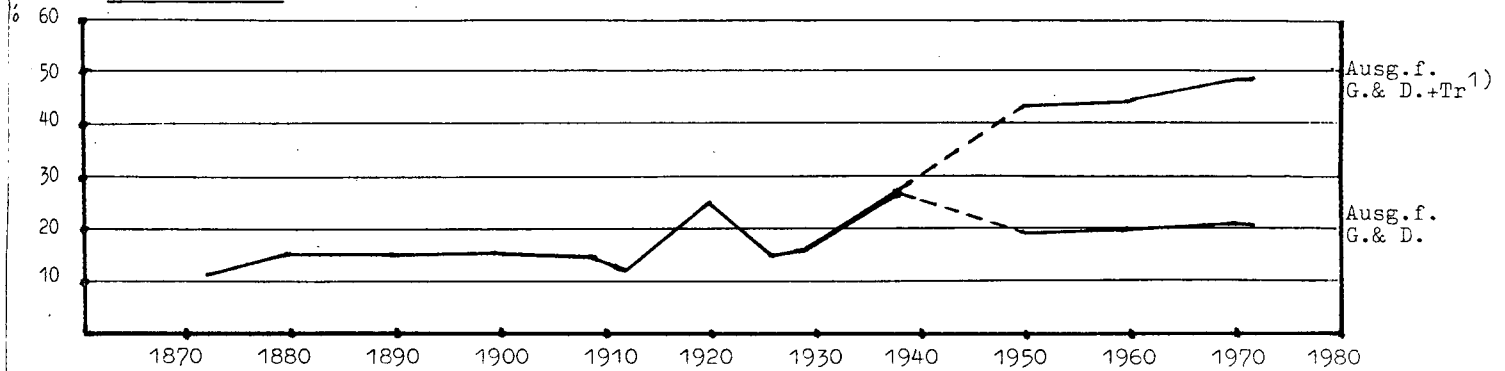
<sup>2)</sup> Eine Berechnung anhand des NATO-Konzepts, bei dem die Transfers sowohl im Zähler als auch im Nenner einbezogen werden, kann anhand der Tabellen im Anhang durchgeführt werden.

**Fig. 1:** Die Entwicklung der Ausgaben für Güter und Dienste sowie der Transfers von 1870/90 bis 1972/74 in vier westlichen Industriestaaten in % des NSPF

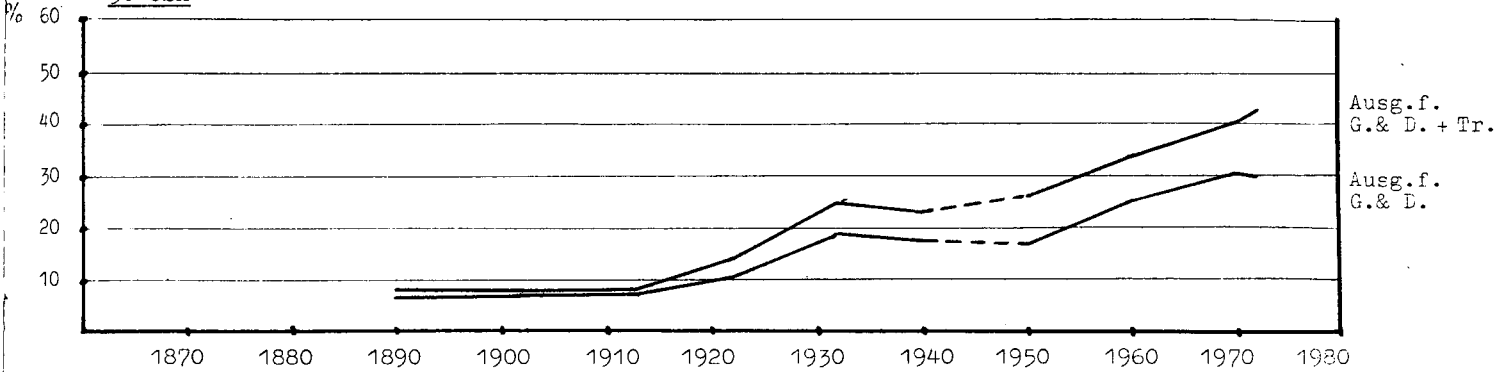
1. Deutschland



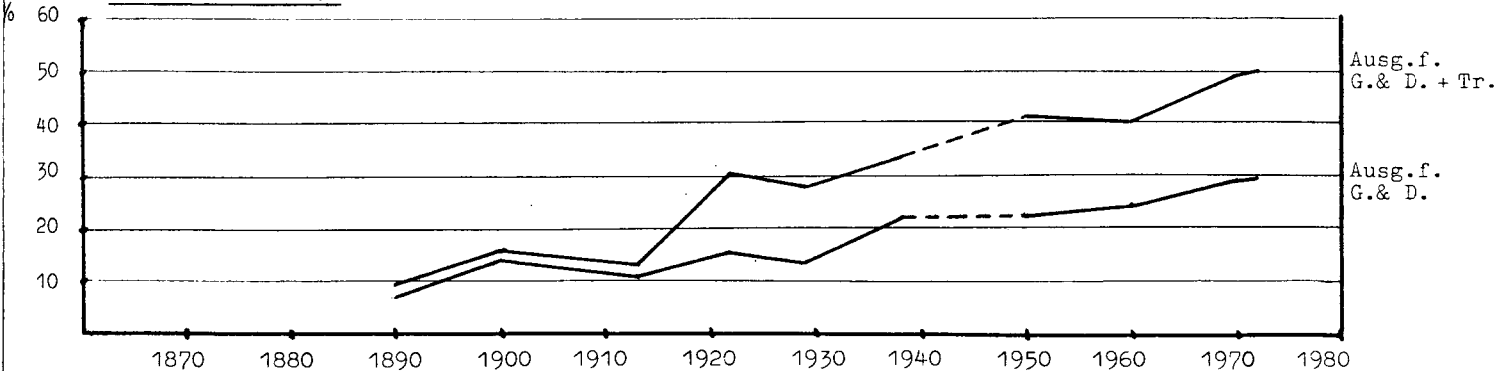
2. Frankreich



3. USA



4. Großbritannien



<sup>1)</sup> vgl. Tab. 3 (Anhang)

2. Werden die Kriegsjahre 1914-18 ausgeschlossen, so scheint der Anteil der Ausgaben für Güter und Dienste während der 20er Jahre nur wenig verändert. Doch wie PEACOCK und WISEMAN darlegen, gilt dies nicht für den Anteil der Transferausgaben (am NSPF). Dieser hat sich - im Einklang mit der Hypothese vom Niveauverschiebungseffekt - in allen Ländern mit dem Krieg stark ausgeweitet. In den 30er Jahren lösen die Programme zur Behebung der Arbeitslosigkeit und Kriegsvorbereitungen zusätzlich einen markanten Anstieg der staatlichen Ausgaben für Güter und Dienste aus.
3. Für die 50er Jahre zeigt sich wiederum eine Stabilisierung der Staatsausgabenquote auf einem - gegenüber den Zwischenkriegsjahren - höheren Niveau<sup>1)</sup>, hauptsächlich bedingt durch die starke Zunahme der Transferausgaben. Dies spricht erneut für die Niveauverschiebungshypothese von PEACOCK und WISEMAN. Eine weitere Expansionsphase ist in den 60er Jahren bis hin zur Gegenwart zu beobachten, wobei sowohl die Ausgaben für Güter und Dienste als auch die Transfers zur relativen Expansion der Staatsausgaben beitragen.

In den 70er Jahren ist der Anteil der gesamten Staatsausgaben in Deutschland und Großbritannien über 50 Prozent des NSPF hinausgegangen; Frankreich und die Vereinigten Staaten liegen nur wenig darunter. Auch wenn die gesamten Staatsausgaben die Transfers einschließen, somit mehr als die bloße Ressourceninanspruchnahme widerspiegeln, so zeigen sie dennoch, daß gut die Hälfte des NSPF der individuellen Nachfrageentscheidung (zunächst) entzogen ist. Es wird kollektiv beschlossen, wie dieser Teil des Volkseinkommens verwendet werden soll und wem er zugute kommen soll. Es liegt daher nahe, das Wachstum der Staatsausgaben von der Analyse kollektiver Beschlüsse her anzugehen.

---

<sup>1)</sup> In den Vereinigten Staaten vollzog sich anstelle der Stabilisierung eine kontinuierliche Expansion der Staatsausgabenquote; in Deutschland liegt der Nachkriegsanteil unter der Staatsausgabenquote unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg.

## 2. Grundmodell einer Theorie der Staatsausgaben

In Anlehnung an BUCHANAN (1964, 1967) lassen sich Individuen als Konsumenten der vom Staat bereitgestellten Güter und Dienste betrachten. Diese Konsumenten beschließen in ihrer Eigenschaft als Wähler, wieviel sie für bestimmte öffentliche Leistungen zu bezahlen bereit sind. Dem um Erklärungsansätze bemühten Analytiker kommt dann die Aufgabe zu, diese Zahlungsbereitschaften zu messen und hieraus den Umfang der öffentlichen Ausgaben zu erklären und vorauszusagen. Im Rahmen der demokratischen Ausgabenbestimmung spielt hierbei der sogen. "Medianwähler" eine entscheidende Rolle. Er vermag durch seine Stimmabgabe einer Minderheitskoalition zur Mehrheit zu verhelfen und damit das Niveau der Staatsausgaben zu bestimmen.

Ein Modellbeispiel soll dies verdeutlichen (vgl. Fig. 2): In einer Gemeinschaft gebe es nur ein öffentlich bereitgestelltes Gut X, über das drei Wählergruppen entscheiden. Deren Präferenzen seien durch die marginalen Zahlungsbereitschaften  $N_1N_1$ ,  $N_2N_2$ ,  $N_3N_3$  abgebildet. Wenn jede Wählergruppe als "Steuerpreis"  $1/3$  der Grenzkosten K dieses Gutes trägt, dann bildet die Gruppe mit der Zahlungsbereitschaft  $N_2N_2$  die Medianwählergruppe. Sie und mit ihr die gesamte Gesellschaft beschließen Ausgaben im Umfang  $3 (OABX_M)$ . Bei dieser Menge des öffentlichen Gutes ( $X_M$ ) weist die marginale Nutzen-Kosten-Relation für die Medianwählergruppe den Wert 1 auf, denn sie befindet sich bei  $X_M$  in ihrem vollständigen Gleichgewicht, analog jedem einzelnen Marktteilnehmer nach der Ausschöpfung aller Tauschmöglichkeiten.

Gegenüber den herkömmlichen Versuchen zur Erklärung der Staatsausgaben weist dieser Ansatz einen wesentlichen Vorteil auf: Er verbindet das ökonomische Nutzen-Kosten-Kalkül mit der demokratischen Institution des Mehrheitsentscheids und kann prima vista zur Erklärung des Umfangs der Staatsausgaben herangezogen werden. Für eine befriedigende Analyse ist er allerdings zu einfach konzipiert, denn wichtige, für eine Demokratie typische Institutionen werden nicht beachtet. Beispielsweise wird den



marg. Zahlungsbereitschaft u.  
Grenzkosten  
K

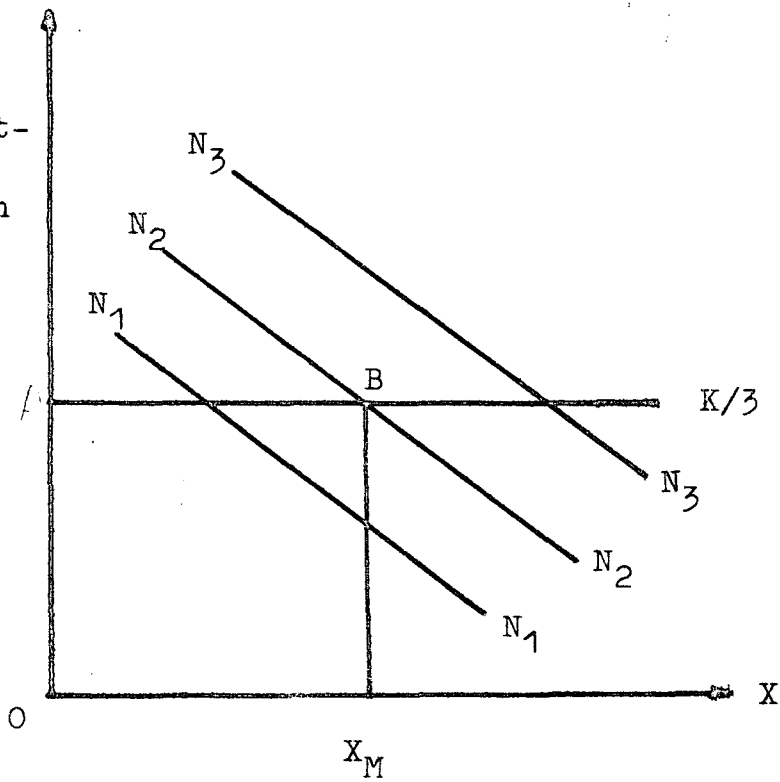


Fig. 2

Parteien, den Parlamentswahlen, dem häufig anzutreffenden Zweikammersystem, den Gebietskörperschaften und ihrer Autonomie usw. nicht Rechnung getragen. Um diese Aspekte und deren Einfluß auf die Staatsausgaben zu erfassen, wird gewöhnlich auf andere Modelle, wie etwa die Theorie der Budgetbestimmung von DOWNS (1960), des politischen Stimmentausches von TULLOCK (1959) und des bundesstaatlichen Finanzausgleichs von WAGNER (1971) zurückgegriffen.<sup>1)</sup> Diese Ansätze können (möglicherweise) zeigen, ob das Niveau der Staatsausgaben - gemessen an bestimmten Effizienzkriterien - zu hoch oder zu tief ist. Da sie jedoch als "stationäre Modelle" konzipiert sind, beinhalten sie keine Aussage darüber, ob von den Institutionen der indirekten Demokratie Kräfte ausgehen, welche auf den Wachstumstrend der Staatsausgaben Einfluß nehmen.<sup>2)</sup>

Um dieser Frage nachzugehen, leistet das Medianwählermodell, ungeachtet seiner einfachen Konzeption, gleichwohl einen nützlichen Beitrag. Es enthält drei zur Erklärung des Wachstums der Staatsausgaben zentrale Größen: Die demokratisch geäußerte Nachfrage,<sup>3)</sup> und auf der Angebotsseite die Kosten der Bereitstellung öffentlicher Leistungen, sowie die Kostenverteilung unter der Wählerschaft.<sup>4)</sup> Daran knüpfen auch die neueren Theorien an, die im folgenden beurteilt werden sollen. Im einzelnen geht es um

---

<sup>1)</sup> Für eine neuere Übersicht s. AMACHER, TOLLISON und WILLET (1975).

<sup>2)</sup> Hierzu müssen die angeführten Modelle neu formuliert werden. Versuche in dieser Richtung finden sich bei NISKANEN (1972) und BUCHANAN (1975).

<sup>3)</sup> Nicht erörtert wird hier die Frage, wieviele Nachfrager staatlicher Dienstleistungen ein Stimmrecht besitzen, somit überhaupt am politischen Prozeß teilnehmen können. TIMM (1961) sieht im Trend zum allgemeinen Wahlrecht einen entscheidenden Faktor für das Wachstum der Staatsausgaben in der Vergangenheit (s. auch BUCHANAN 1972).

<sup>4)</sup> Daß die Kostenverteilung relevant ist, wird anhand eines einfachen Beispiels klar: Nur eine "symmetrische" Steuerumverteilung um den Medianwähler führt zu keiner Veränderung in der Nachfrage nach öffentlichen Gütern und mithin der Staatsausgaben. Alle anderen Veränderungen der Steuerbelastung implizieren eine Besser- oder Schlechterstellung des Medianwählers und beeinflussen somit dessen Nachfrage (s. BUCHANAN 1967, S. 144-168).

die Probleme:

1. der Gestalt und Entwicklung der Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen,
2. des Bündels an Leistungen, auf welche sich die gemeinsam geäußerte Nachfrage bezieht,
3. des langfristigen Kostenverlaufs,
4. des Einflusses der Verwaltung auf die Angebotsmenge staatlicher Leistungen,
5. der Entstehung der Kostenverteilung.

Im folgenden soll überprüft werden, inwieweit die neuere Theorie zur Lösung dieser Fragen einen Beitrag leistet.

### 3. Gestalt und Entwicklung der Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen

Um die Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen zu schätzen, wird im allgemeinen die Elastizitätsmethode angewendet. In der Regel werden hierbei globale Ausgabenelastizitäten geschätzt. Diese Methode (des Schätzens einer Einkommenselastizität, die sich auf Preis und Menge bezieht) ist jedoch unzureichend. Die exakte Analyse muß zwischen Einkommens- und Preiselastizität unterscheiden, wie sie auch dem politischen Prozeß Rechnung tragen muß. So haben ökonometrische Untersuchungen anhand des Medianwählermodells gezeigt, daß dieser Ansatz gegenüber den traditionellen Ausgabenschätzungen ungleich besser abschneidet (s. FREY und POMMEREHNE 1975).

Ob die Staatsausgaben wachsen, hängt somit entscheidend von der Größe beider Elastizitäten ab, welchen sich der Medianwähler gegenüber sieht. Beträgt die Preiselastizität für den entscheidenden Wähler beispielsweise -1, so wird eine exogene Kostenerhöhung<sup>1)</sup> nur dann zu einem Wachstum der Staatsausgaben führen, wenn gleichzeitig sein Einkommen bei einer Einkommenselastizität

<sup>1)</sup>Vgl. dazu unten Abschn. 5

größer Null steigt. Liegt die Preiselastizität zwischen -1 und 0, so führt die gleiche Kostenerhöhung auch dann zu einem Wachstum der Staatsausgaben, wenn die Einkommenselastizität Null beträgt. In empirischen Messungen für die USA - vgl. Tabelle 1 - konnte gezeigt werden, daß diese Elastizitätsbedingungen für die meisten staatlichen Leistungsbereiche erfüllt sind: Die Preiselastizität liegt zwischen -1 und 0 und die Einkommenselastizität ist positiv.

Eine langfristige Prognose kann allerdings nicht von unveränderlichen Elastizitäten ausgehen, sie muß auch deren Veränderungen berücksichtigen. Dies ist in bezug auf die Einkommenselastizität verschiedentlich versucht worden. So halten SCHMIDT (1965, S.205) und WEISBROD (1972) einen langfristigen Rückgang der Einkommenselastizitäten staatlicher Dienstleistungen für nicht ausgeschlossen. Sie begründen dies mit der Substitution staatlicherseits angebotener Dienstleistungen durch privat erworbene Güter: Eine arme Gesellschaft wird sich bei einem Ansteigen der Einkommen superiore Güter zuerst kollektiv bereitstellen.<sup>1)</sup> Ist ein höheres Wohlstandsniveau erreicht, so wird ein individueller Erwerb dieser Güter möglich. Der Staat verliert als "Vermittler" bei der Befriedigung individueller Wünsche an Bedeutung; d.h. in der Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen können durchaus Kräfte bestehen, welche ein Abschwächen im Wachstum der öffentlichen Ausgaben bewirken. SCHMIDT vertritt allerdings die Ansicht, daß dem Streben der Interessengruppen nach immer weiteren staatlichen Leistungen ein immer stärkeres Gewicht zukomme, und daß dadurch ein möglicher Rückgang der Staatsausgaben(-quote) verhindert werde.<sup>2)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu BUCHANANs Darstellung der Theorie freiwilliger Klubs (1965).

<sup>2)</sup> Vgl. zu den einzelnen Argumenten SCHMIDT (1966, insbes. S. 221 ff.).

Tabelle 1

Ausgewählte Einkommens- und Preiselastizitäten bei demokratischer Beschlußfassung in den USA 1962<sup>1)</sup>

	<u>Einkommens- elastizität</u>	<u>Preis- elastizität</u>
<u>1. In städtischen Gemeinden<sup>2)</sup></u>		
Allgem. Ausgaben	0,64 (0,07)	-0,23 (0,03)
Polizei	0,71 (0,13)	-0,25 (0,05)
Parks und Erholung	1,32 (0,22)	-0,19 (0,03)
<u>2. In US Einzelstaaten<sup>3)</sup></u>		
Lokale Schulen	0,95 (0,27)	-1,90 (0,70)
Höhere Bildung	0,30 (0,43)	-0,17 (0,78)
Straßen	0,30 (0,23)	0,48 (0,92)
Krankenhäuser	0,50 (0,22)	-1,13 (0,57)
Polizei	1,21 (0,14)	-0,90 (0,36)
Feuerwehrwesen	1,62 (0,20)	-0,32 (0,51)
Entsorgung	2,01 (0,45)	-4,66 (1,61)
Parks, Erholung	1,29 (0,60)	0,41 (1,91)

<sup>1)</sup> Um schwerwiegende Schätzverzerrungen zu vermeiden, werden die Regressionsgleichungen im allgemeinen um eine Reihe sozioökonomischer Variabler ergänzt. Deren Parameter sind hier nicht wiedergegeben. (In Klammern die Standardabweichungen.)

<sup>2)</sup> BERGSTROM und GOODMAN (1973, S.290).

<sup>3)</sup> BORCHERDING und DEACON (1972, S.897).

#### 4. Bestimmung des Fächers staatlicher Leistungen ~~X~~

Die Klärung der Frage, welche Leistungen der Staat selbst bereitstellt und welche er dem Markt überläßt, setzt üblicherweise an der Theorie des Marktversagens an. Diese besagt im wesentlichen, daß der Staat im Falle zunehmender Skalenerträge in der Nutzung tätig werde, d.h. dann, wenn ein zusätzlicher Konsument bedient werden kann, ohne daß die übrigen Nutznießer in ihrem Konsum eingeschränkt werden. In diesem Falle kann es angezeigt sein, ein Gut nicht mittels des Ausschlußprinzips, d.h. nicht über Preise anzubieten, sondern durch eine Verwaltungsabteilung unentgeltlich bereitstellen zu lassen.

Ferner dürfte der Staat dort eingreifen, wo der Vertragsschluß zwischen den Beteiligten so hohe Transaktionskosten erfordert, daß sich eine Internalisierung aller Handlungsfolgen nicht mehr lohnt (vgl. CHEUNG 1970), wo aber der Staat die gleiche Transaktion vergleichsweise effizienter durchführen kann. ?

Betrachtet man demgegenüber den Fächer derjenigen staatlichen Leistungen, welche unentgeltlich oder zu nicht kostendeckenden Preisen angeboten werden, so findet man oft weder economies of scale in der Nutzung noch unüberwindliche Transaktionskosten beim Vertragsschluß. Zahlreiche staatliche Leistungen weisen vielmehr Charakteristika von vorwiegend privaten Gütern auf. Als Beispiele werden etwa das Berufsbildungssystem (vgl. FRIEDMAN 1962), die innerstädtische Straßenbenützung zu Stoßzeiten (VICKREY 1963) und Einrichtungen des Gesundheitswesens (BUCHANAN 1965b) angeführt. Warum - so ist zu fragen - werden diese Leistungen nicht über den Markt wie private Güter angeboten?

Es liegt nahe, die öffentliche Bereitstellung privater Güter mit verteilungspolitischen Argumenten zu begründen. BORCHERDING und DEACON (1972, S.900) vermuten, daß die um den Medianwähler gruppierten Einkommensschichten ihre abstimmungstechnisch strate-

gische Stellung<sup>1)</sup> dazu ausnützen, sich über den allgemein finanzierten Staatshaushalt mit solchen Gütern zu versorgen, die vor allem ihnen zugute kommen. In ähnliche Richtung tendiert SPANNS Argumentation (1974): Bei linksschiefer Einkommensverteilung und progressivem Steuersystem ist es für die unteren Einkommenschichten möglich und vorteilhaft, sich mit Hilfe des Mehrheitsbeschlusses auf Kosten der Wohlhabenderen mit privaten Gütern zu versorgen.<sup>2)</sup> Eine andere, bisher kaum beachtete Hypothese für das öffentliche Angebot privater Güter geht von (i) der Interessenlage und (ii) der Macht staatlicher Funktionäre aus: Einmal dürfte es unter den oft wenig leistungsorientierten Entlohnungssystemen nicht im Interesse der Verwaltung liegen, staatliche Dienstleistungen eigenwirtschaftlich über den Markt anzubieten, auch wenn Ausschlußtechniken vorhanden und Preise anwendbar wären. Würden diese Leistungen nämlich durch öffentliche Unternehmungen (statt durch staatliche Verwaltungsabteilungen) angeboten und zu Marktpreisen abgesetzt, so verfügten die Politiker über einen handfesten Maßstab zur Kontrolle des Leistungsangebots: Sie könnten den Umsatz mit den Kosten vergleichen, die Unternehmungen damit auf Effizienz überprüfen und, wo nötig, produktivitätsfördernde Maßnahmen ergreifen. Solche Aktionen können darin bestehen, den "diskretionären Handlungsspielraum" (WILLIAMSON 1964) der Führungsspitze einzuschränken, innerhalb dessen bisher eigene Ziele verfolgt werden konnten. Zum anderen dürfte die staatliche Verwaltung auch die Macht besitzen, die ihr am besten scheinende Angebotsform durchzusetzen; denn sie allein verfügt über die notwendigen Informationen und Erfahrungen im Umgang mit den von ihr bedienten Kunden. Sie kann diesen Vorteil ausnützen und ihr unwillkommene Vorschläge schon gegenstandslos machen, bevor sie zu einem politischen Diskussions-

---

1) Die Einkommensgruppe um den Medianwähler kann bei Abstimmungen mit den oberen und den unteren Einkommenschichten koalieren (vgl. TULLOCK 1971).

2) Als Bedingung tritt allerdings hinzu, daß die Einkommenselastizität der Nachfrage in ihrem absoluten Wert über demjenigen der Preiselastizität liegt. Dies trifft in den meisten Fällen zu.

punkt werden. Somit dürfte die Verwaltung dort eine hemmende Rolle spielen, wo es darum geht, den Fächer staatlicher Aufgaben zu verringern und einzelne Dienstleistungen dem Markt zu überlassen. Diese Verhaltensweise könnte als Erklärung für den oft beobachteten "Treppeneffekt" in der Entwicklung der Staatsausgaben dienen.

### 5. Kosten als Wachstumsfaktor der Staatsausgaben

*X S. i.*

Wesentliche Impulse für das Wachstum der Staatsausgaben gehen von der Kostenseite aus. Diesem Aspekt hat (neben C. CLARK 1940 und FOURASTIÉ 1949) vor allem BAUMOL (1967) Rechnung getragen. Er beschreibt den Wachstumsprozeß einer Volkswirtschaft mit zwei Sektoren, deren Kostenentwicklungen divergieren, deren Output aber mit gleicher Rate wachse. Die Arbeitsproduktivität bleibe in Sektor 1 stationär und wachse in Sektor 2 mit einer konstanten Rate. Sektor 1 umfasse - vereinfacht - die Produktion staatlicher Dienstleistungen, während in Sektor 2 industrielle Güter produziert werden. Steigen ferner die Lohnsätze in beiden Sektoren mit der gleichen Rate, so werden die Dienstleistungen des Sektors 1 immer teurer, und ein immer größerer Teil des Sozialprodukts wird für die (staatlichen) Dienstleistungen des Sektors 1 aufgewendet.

Die Folgerungen aus diesem Modell werfen verschiedene Fragen auf.

Gleiches Outputwachstum in beiden Sektoren setzt eine preisunelastische Nachfrage voraus. Ob sich eine derartige Annahme auch auf lange Sicht halten läßt, ist zu bezweifeln.<sup>1)</sup> Zumin-

---

<sup>1)</sup> So wenden z.B. BUSH und MACKAY (1975) ein, BAUMOLs Annahme, der Output wachse in beiden Sektoren in der gleichen Weise, sei hinsichtlich der Verhaltensweisen inhaltslos. Die Autoren entwickeln sodann ein Modell, in welchem der Nachfrageäußerung in Sektor 1 Rechnung getragen wird. Sie kommen zu dem Schluß, daß der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt nicht zwangsläufig zunehmen muß.



dest sprechen die grundlegenden Erkenntnisse der modernen Theorie des Haushalts<sup>1)</sup> wie auch die in Tab. 1 wiedergegebenen Meßergebnisse nicht für die Validität dieser Annahme.

Im weiteren ist zu überprüfen, ob es im öffentlichen Sektor keinen Zuwachs an Arbeitsproduktivität gibt. BRADFORD, MALT und OATES (1969) sowie SPANN (1975) gelangen in ihren empirischen Studien zwar zu dem Ergebnis, daß es im großen und ganzen keinen Produktivitätsfortschritt gebe, ja daß dieser sogar negativ sein könne. Die CIVIL SERVICE COMMISSION kam für die Dienstleistungen der amerikanischen Bundesverwaltung demgegenüber auf ein jährliches Wachstum der Arbeitsproduktivität von knapp 2 Prozent (1967-1971). Dieses Resultat wird wegen der problematischen Outputmaße jedoch als zu hoch eingeschätzt (ORZECZOWSKI 1975). Aus einer stärker disaggregierten Berechnung von BONES und ALLEN (1973) läßt sich entnehmen, daß der Arbeitsproduktivitätsfortschritt in öffentlichen Krankenhäusern Kanadas ebenfalls in der Nähe von Null liegt (1961-1970).

Auch wenn man davon ausgehen kann, daß die Arbeitsproduktivität kaum zugenommen hat, so bleibt noch als Frage, wie dieses Ergebnis zustande kommt: Werden die Produktionsfaktoren bestmöglich eingesetzt? Bestehen nicht vielmehr inhärente Mängel im Anreizsystem, die einen nicht kostenminimierenden Einsatz von Arbeit und Kapital bewirken und damit das effektive unter dem möglichen Wachstum der Arbeitsproduktivität halten? Für die letztgenannte Vermutung spricht die häufig vertretene Ansicht, Manager im öffentlichen Dienst seien deshalb, weil sie sich keine Gewinne aneignen können, kaum motiviert, die Kosten zu senken (vgl. ALCHIAN und KESSEL 1962). Die empirische Überprüfung der trendmäßigen Auswirkungen dieser Hypothese ist bislang noch nicht sehr weit fortgeschritten.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Eine gute Darstellung gibt BECKER (1971) S. 14-23.

<sup>2)</sup> SPANN (1975) vergleicht in der erwähnten Arbeit die Entwicklung der Arbeitsproduktivität staatlicher und privater Dienstleistungsbetriebe. Weil seinen Berechnungen gemäß das Wachstum der Arbeitsproduktivität im öffentlichen Sektor Null beträgt, während es bei privaten Dienstleistungsbetrieben positiv ist (s. FUCHS 1968 sowie FELDERER 1974), scheint die Gewinnmotivhypothese bestätigt. Allerdings werden bei einem derartigen Vergleich verschiedenartige Outputgrößen miteinander verglichen, so daß die Ergebnisse als nicht sehr aussagekräftig angesehen werden können.

Insgesamt läßt sich BAUMOLs Ansatz wie folgt beurteilen: Betrachtet man ausschließlich das niedrige Wachstum der Arbeitsproduktivität im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, so scheinen die Voraussetzungen für ein rasches Ansteigen der Staatsausgaben erfüllt. Fraglich bleibt aber, (i.) ob die langsame Zunahme der Arbeitsproduktivität allein auf technologischen Gründen beruht oder ob sie vorwiegend durch die Verhaltensweise der Manager bestimmt wird und (ii.) ob die Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen bei den beobachtbaren Kostensteigerungen weiterwachsen wird. Um die letztgenannte Frage anzugehen, ist im folgenden zu untersuchen, ob oder inwiefern gewisse Entscheidungsträger der repräsentativen Demokratie in der Lage sind, die Staatsausgaben auch auszudehnen, wenn die Wählernachfrage zurückgeht.

#### 6. Eigendynamik der Verwaltung als Ursache des Wachstums der Staatsausgaben

Die Meinung, die Verwaltung trage durch ihr eigendynamisches Handeln zum Wachstum der Staatsausgaben bei, wird häufig vertreten. So findet sich beispielsweise bei WILDAVSKY (1964) die Ansicht, die Verwaltung sei bestrebt, ihren Wirkungsraum schrittweise ("inkrementalistisch") auszudehnen.<sup>1)</sup> Sie verfolge dieses Ziel, indem sie jedes Jahr weitergehende Budgetanträge durchzusetzen versucht. Mit dieser Verhaltensweise dient sie aber nicht nur ihrem eigenen Interesse, sondern ebenso dem Interesse der Instanzen, die das Budget zu bewilligen haben. Diesen Gremien fehlt es an Zeit, sich mit den Forderungen jeder einzelnen Verwaltungsabteilung eingehender zu befassen. Daher sind ihnen expansive Budgetforderungen willkommen, denn diese machen es ihr möglich, den Ausgabenzuwachs lediglich zu beschneiden; sie brauchen selbst keine eigenen Programmvorschläge auszuarbeiten. Für die Aufstellung des Budgets lassen sich dann einfache Regeln anwenden:

---

<sup>1)</sup> Das im folgenden angesprochene Problem scheint demjenigen von Abschn. 4 zu gleichen. Es ist jedoch zu beachten, daß es sich hier um den Verwaltungseinfluß auf die Outputmenge einer gegebenen Anzahl staatlicher Dienstleistungen handelt, während oben der Fächer an Dienstleistungen zur Diskussion stand.

1. Über die Forderungen in der Höhe des letztjährigen Budgets wird nicht mehr diskutiert; denn dies käme einer Desavouierung der eigenen Entscheidungen gleich. Vielmehr lassen sich diese Forderungen als "Basis" für das neue Budgetjahr verwenden.
2. Die über die Basis hinausgehenden Budgetanträge werden anhand der Bewilligungspraxis vergangener Jahre beurteilt und um einen annähernd gleichbleibenden und als "fair" erachteten Prozentsatz gekürzt.

Dieses Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Bewilligungsinstanz läßt sich - wie DAVIS, DEMPSTER und WILDAVSKY in verschiedenen Studien (zuletzt 1974) gezeigt haben - in einem einfachen Gleichungssystem erfassen:

Die Verwaltungsabteilung orientiert sich bei ihren neuen Forderungen  $X_t$  an den Bewilligungen des Vorjahres  $Y_{t-1}$ , indem sie diese um einen konstanten Faktor  $\beta$  erhöht. Es gilt somit

$$X_t = \beta Y_{t-1} + \varepsilon_t \quad (1)$$

mit  $\beta > 1$  und  $\varepsilon_t$  als Störglied. Die Bewilligungen des laufenden Jahres ergeben sich als weitgehend konstanter Prozentsatz der Anforderungen  $X_t$ :

$$Y_t = \gamma X_t + \eta_t, \quad (2)$$

wobei  $0 < \gamma < 1$ ;  $\eta_t$  stellt das entsprechende Störglied dar.

Eine Reihe empirischer Tests spricht in ihren Ergebnissen für diesen Ablauf des Budgetprozesses; somit kann vereinfacht von folgender Beziehung ausgegangen werden:<sup>1)</sup>

$$Y_t = \delta Y_{t-1} + \zeta_t. \quad (3)$$

Die Bewilligungen des laufenden Jahres hängen allein von den Bewilligungen des Vorjahres und von einem Störglied  $\zeta_t$  ab. Das Wachstum der Staatsausgaben ist das Resultat eines sich selbst generierenden Prozesses, der letztlich durch das Expansionsbe-

<sup>1)</sup> Gleichung (3) ergibt sich durch Einsetzen von Gleichung (1) in (2) unter Zusammenfassung der Parameter und der Störglieder.

streben der öffentlichen Verwaltung in Gang gehalten wird. Es gibt diesem Ansatz zufolge keine modellendogenen Kräfte, welche die Entwicklung des öffentlichen Haushalts von dem einmal eingeschlagenen Expansionspfad wieder abbringen. Dieser Determinismus macht die Schwäche des Ansatzes von DAVIS, DEMPSTER und WILDAVSKY aus. In der Realität lassen sich nämlich Trendbrüche beobachten. Die Autoren können die Güte ihrer Schätzungen nur bewahren, indem sie diesen Einbrüchen in der Entwicklung mittels Dummyvariable Rechnung tragen. Dies zeigt aber, daß die Hypothese des Inkrementalismus wenig weiterhilft, wenn es darum geht, mittel- bis langfristige Aspekte des Wachstums der Staatsausgaben zu erklären.

Diesem Problem trägt WILLIAMSON (1967) bei seiner Reinterpretation des Modells von DAVIS, DEMPSTER und WILDAVSKY Rechnung. Er zeigt, auf welche Weise Trendbrüche im Wachstum der Staatsausgaben auf Veränderungen der politischen Nachfrage (bzw. durch Reaktionen stimmenmaximierender Politiker auf Nachfrageschwankungen) zurückgeführt werden können. Die Budgetverabschiedung in inkrementellen Zuschlägen stellt dann lediglich eine kurzfristige Approximation an die wahre Nachfrageentwicklung dar. Langfristig geben auch in diesem Modell die Wählerpräferenzen den Ausschlag. Für den Zweiparteienfall läßt sich überdies zeigen, daß der Medianwähler die entscheidende Stimme abgibt (FREY 1970). Der inkrementalistische Ansatz ist daher mit dem Medianwählermodell durchaus kompatibel;<sup>1)</sup> er kann als fruchtbare Erweiterung dieses Konzeptes betrachtet werden.

#### 7. Der Einfluß der Steuerlastverteilung auf das Wachstum der Staatsausgaben

Bei der Behandlung des Medianwählermodells wurde darauf hingewiesen, daß die Höhe der Staatsausgaben entscheidend vom Steuerlastanteil abhängt, den die Mehrheit der Stimmbürger zu tragen hat.<sup>2)</sup> Nimmt deren relative Belastung im Verlauf der Zeit ab

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu WAGNER (1973 b).

<sup>2)</sup> Vgl. S. 5 und ebd. Fußnote 4).

(d.h. nimmt der Steueranteil von Minderheitsgruppen zu), so dürfte das Volumen der Staatsausgaben steigen; denn für die Mehrheit erweisen sich unter der neuen Situation solche Projekte attraktiv, die bei der früheren Verteilung nicht lohnend erschienen. Ein derartiger Effekt kann sich bei linksschiefer Einkommensverteilung durch eine Verschärfung der Steuerprogression (bezügl. Einkommen und Vermögen) ergeben.<sup>1)</sup> Es bleibt jetzt zu zeigen, welche Determinanten die relative Steuerbelastung langfristig bestimmen.

Eine erste Möglichkeit, dieses Problem anzugehen, besteht im Rückgriff auf die Konzepte der paretooptimalen Umverteilung (HOCHMAN und RODGERS 1969) oder der Einkommensverteilung als Kollektivgut (THUROW 1971).<sup>2)</sup> Für unsere Zwecke sind diese Ansätze jedoch wenig geeignet, weil in ihnen die Verteilung von Einnahmen und Ausgaben simultan festgelegt wird. Ein derartiges Vorgehen trägt den institutionellen Gegebenheiten nicht Rechnung: Änderungen der Steuerstruktur werden in der Realität nur von Zeit zu Zeit und ohne direkte Verbindung zu einzelnen Vorhaben beschlossen. Eine einmal festgelegte Steuerverteilung gilt für mehrere Jahre, d.h. die Steuerlastaufteilung stellt ein separat zu behandelndes verteilungspolitisches Problem der Einnahmenseite des Staatshaushalts dar.

Modelle, welche das Zustandekommen einer bestimmten Steuerstruktur erklären, wurden von HARSANYI (1955), BUCHANAN und TULLOCK (1962), RAWLS (1971), MUELLER (1973) und DOWNS (1957) entwickelt. Danach hängt die Verteilung der Staatseinnahmen, für die sich ein Wähler ausspricht, entscheidend von seinen Erwartungen über seine zukünftige Stellung innerhalb der Einkommens-(und Vermögens-) Pyramide<sup>3)</sup> ab. Befindet sich der Stimmbürger hierüber hinter einem "Schleier der Ungewißheit" im Sinne von RAWLS (1971, S. 136 ff.) d.h. weiß er nicht, ob er später einmal reich oder arm sein wird,

---

<sup>1)</sup> Es wird hier von der Gesamtbelastung ausgegangen. Einzelne Steuern können in diesem Zusammenhang nicht behandelt werden.

<sup>2)</sup> Vgl. ausführlich hierzu BRENNAN (1975) und FREY (1974).

<sup>3)</sup> Weil angenommen werden kann, daß Einkommen und Vermögen positiv miteinander korrelieren, wird im folgenden nur noch der erste Begriff verwendet.

so sieht er sich aus eigenem Interesse veranlaßt, die zukünftige Steuerlast unter dem Gesichtspunkt jeder möglichen Einkommenslage zu beurteilen. Unter diesen Umständen werden die Stimmbürger nicht gegen einen Vorschlag opponieren, der auch im Einkommen nach Steuerabzug eine linksschiefe Verteilung bestehen läßt; sie würden diesen möglicherweise sogar einstimmig billigen.<sup>1)</sup>

Dieses Ergebnis ist jedoch nicht zu erwarten, wenn die RAWLSsche Ungewißheit fehlt, d.h. wenn für jeden die zukünftige Position in der Einkommenspyramide genau festliegt. Kein Individuum sieht sich dann veranlaßt, sich bei Umverteilungsfragen in die Lage eines anderen zu versetzen. Vielmehr wird jede Einkommensgruppe ihre Position auf Kosten anderer Schichten zu verbessern suchen. Da jedoch die Bezieher unterer Einkommen (bei linksschiefer Ausgangsverteilung) in der Mehrzahl sind, wird es ihnen gelingen, eine Mehrheitskoalition gegenüber den oberen Einkommensschichten zu bilden und die Steuerlast weitgehend auf diese abzuwälzen.<sup>2)</sup>

Diese Folgerung findet sich auch bei DOWNS (1957, S. 198-201). Die Verschiebung der Steuerlast auf die oberen Einkommensgruppen wird erst zum Stillstand kommen, wenn das Nettoeinkommen der Wohlhabenden das Medianeinkommen erreicht hat, wenn die Steuererträge von den Beziehern höherer Einkommen absolut zu sinken beginnen (etwa wegen abnehmender Arbeitsanreize) oder wenn sich die wohlhabenden Bevölkerungsschichten zur Auswanderung entschließen.

In dieser vereinfachten Form dürfte weder das Modell der vollständigen Ungewißheit noch dasjenige der Gewißheit der Realität entsprechen. Beide Ansätze geben lediglich Lösungsgrenzen an. Zwischen ihnen lassen sich praktisch alle gegenwärtigen Steuersysteme in Demokratien einordnen. Immerhin läßt sich "voraus-

---

1) Experimente weisen auf die Validität dieser Schlußfolgerung hin (s. WAGNER 1973a, S. 12 f.) Für eine eingehendere theoretische Fundierung s. BLANKART 1975.

2) Grundsätzlich ist es auch denkbar, daß die Armen und die Wohlhabenden zusammen eine Koalition gegen die Mittelklasse schließen; doch dies würde einen willkürlich diskriminierenden Steuertarif voraussetzen, was hier ausgeschlossen sei. Eine Koalition der Wohlhabenden und der Mittelschicht gegen die Ärmsten dürfte sich nicht lohnen, weil der realisierbare Steuerertrag zu niedrig ist.

sagen", daß der Steueranteil der Wohlhabenden unter dem Eindruck sicherer persönlicher Erwartungen zunehmen wird, während er bei unsicheren Erwartungen konstant bleiben oder sogar abnehmen wird. Verbindet man diese Erkenntnis mit dem oben behandelten Medianwähleransatz, so kommt man zu dem Schluß, daß die Staatsausgaben im ersten Fall zunehmen, während sie im zweiten Fall eher stagnierende oder abnehmende Tendenz aufweisen werden.<sup>1)</sup>

## 8. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Zum Schluß scheint ein Überblick über die gewonnenen Hypothesen zum Wachstum der Staatsausgaben angezeigt.

Für ein weiteres Anwachsen der Staatsausgabenquote sprechen

- die positive Einkommenselastizität der Nachfrage, die ihrerseits durch die Aktivitäten der Interessengruppen gesteigert wird,
- die Tendenz der Verwaltung, einmal übernommene Aufgaben nicht wieder dem Markt zu übergeben, auch wenn dies aus ordnungspolitischen Gründen (Effizienz) angezeigt wäre,
- die steigenden Kosten für die Bereitstellung staatlicher Dienste als Folge der geringen Rationalisierungschancen, bzw. der geringen Nutzung offener Rationalisierungsmöglichkeiten,

---

<sup>1)</sup> Eine empirische Überprüfung dieser Hypothese scheint wegen der langen Lags zwischen Erwartungsbildung und Steuerbeschuß sowie wegen der geringen Zahl von beobachteten Steuersatzänderungen schwierig. Neulich konnte jedoch ein statistischer Zusammenhang zwischen der Amplitude der Konjunkturzyklen und der durchschnittlichen Inflationsrate nachgewiesen werden (vgl. OROSEL in STREISSLER 1973, S. 64-81; ferner auch BLANKART 1973, S. 177). STREISSLER verwendet diese Streuungsdaten der Konjunkturschwankungen als Proxy für die Sicherheit der Erwartungen und die Höhe der Preissteigerungen als Maß für den lohnpolitischen Verteilungskampf. Trifft dies zu, so dürfte die gefundene Korrelation auch einen statistischen Hinweis auf unsere These enthalten, geht es doch dabei um einen ganz ähnlichen Sachverhalt, nämlich um die persönlichen Einkommenserwartungen einerseits, und um verteilungspolitische Konflikte in der Steuer-gesetzgebung andererseits.

- in gewisser Hinsicht die Eigendynamik der Verwaltung, welche durch inkrementalistische Verhaltensweisen ihr Budget zu erhöhen sucht.

Wachstumshemmend wirken demgegenüber vor allem die steigenden Steuerpreise für staatliche Dienstleistungen.

Diejenigen langfristigen Wachstumskräfte der Staatsausgaben, welche von Umschichtungen in der Steuerlastverteilung ausgehen, hängen entscheidend mit den individuellen Einkommenserwartungen zusammen. Verfolgt die Regierung eine Politik der sozialen Mobilität, in welcher die individuellen (relativen) Einkommenserwartungen offengehalten werden, so dürften die Wähler eher eine gemäßigte Präferenz zur steuerlichen Umverteilung äußern, als wenn die Einkommenspositionen der Individuen a priori festliegen.

Unter den genannten Kräften scheint allein die negative Preiselastizität eine wesentliche ausgabenbegrenzende Wirkung auszuüben. Bezöge sich diese Preiselastizität auf marktwirtschaftliche Tauschvorgänge, so würden bei relativ steigenden Preisen immer mehr Konsumenten zur Substitution auf weniger teure Güter bewegt, und die Produzenten würden ihrerseits nach Kosteneinsparungen suchen. Von den staatlichen Institutionen werden entsprechende Anpassungen jedoch aus den oben erwähnten Gründen verzögert oder gar verunmöglicht, was sich insgesamt in einem nahezu kontinuierlichen Wachstum der Staatsausgaben niederschlägt. Dieser Trend dürfte weiter anhalten, sofern die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Institutionen der repräsentativen Demokratie nicht behoben wird.

Allerdings ist zu beachten, daß mit dieser Arbeit nicht versucht wurde, eine Analyse der Verhaltensweise aller politischer Entscheidungsträger vorzunehmen. So sind beispielsweise die dynamischen Ansätze der Koalitionsbildung und des politischen Kompromisses sowie die Ziele und Handlungen der Zentralbank als Financier möglicher Budgetdefizite näher zu behandeln. Ebenso sind tiefergreifende Betrachtungen zur Aufgabenteilung im Bundesstaat anzustellen. Um den Gesamtzusammenhang zu wahren, mußte hiervon jedoch abgesehen werden.



Tabelle 2 Staatsausgaben und Nettosozialprodukt zu Faktorkosten in Deutschland, 1872 - 1974 in Mio Mark jeweiliger Währung <sup>1)</sup>

Jahr	Ausg. f. Güter & Dienste	Transfers	zusammen	NSPF <sup>2)</sup>	Ausg. f. G. & D. in % v. NSPF	Ausg. f. G. & D. u. Tr. in % v. NSPF
1872	1 355	1 005	2 360	1 248	10,6	18,5
1881	1 444	407	1 851	14 650	9,9	12,6
1891	2 108	734	2 842	20 470	10,3	13,9
1900	3 082	1 282	4 364	28 855	10,7	15,1
1906	4 062	1 583	5 645	36 170	11,2	15,6
1910	5 028	2 240	7 268	41 885	12,0	17,4
1913	6 297	2 714	9 011	48 806	12,9	18,5
1925	8 739	7 932	16 671	58 588	14,9	28,5
1930	9 953	16 082	26 035	72 888	13,7	35,7
1938	31 942	11 608	43 550 <sup>3)</sup>	87 648	36,4	49,7
1950	15 900	14 420	30 320	76 940	20,7	39,4
1960	50 610	49 280	99 890	235 700	21,7	42,4
1970	138 550	121 100	259 650	529 190	26,2	49,1
1974 <sup>4)</sup>	234 160	199 730	433 890	764 360	30,6	56,8

- 1) jeweiliger Gebietsstand
- 2) NSPF = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
- 3) teilweise eigene Schätzung
- 4) vorläufiges Ergebnis

Quellen: 1938 und früher: Staatsausgaben: WEITZEL (1967), Tab. Anh., Tab. 21 a und 42 a, ANDIĆ und VEVERKA (1964), S. 247; NSPF: HOFFMANN (1965), S. 506-509. 1950 und später: Stat. Jb. der BRD und Wirtschaft und Statistik.

Tabelle 3 Staatsausgaben und Nettosozialprodukt zu Faktorkosten  
in Frankreich, 1872 - 1972 in Mio NF in jeweiliger  
Währung <sup>1)</sup>

Jahr	Ausg. f. Güter & Dienste	Transfers <sup>3)</sup>	zusammen	NSPF	Ausg.f. G. & D. in % v. NSPF	Ausg.f. G. & D. u.Tr.in % v. NSPF
1872	33,5	-	33,5	297,5	11,3	11,3
1880	41,5	-	41,5	271,5	15,3	15,3
1890	42,9	-	42,9	286,2	15,0	15,0
1900	49,3	-	49,3	324,0	15,2	15,2
1906	51,1	-	51,1	351,0	14,6	14,6
1909	56,1	-	56,1	388,8	14,4	14,4
1912	60,9	-	60,9	508,4	12,0	12,0
1920	454,4	0	454,4	1 809,0	25,1	25,1
1926	556,7	1,7	558,4	3 829,6	14,5	14,6
1929	660,6	2,9	663,5	4 167,6	15,9	15,9
1938	1 010,8	35,3	1 046,1	3 800,0	26,6	27,5
1950	14 550,0	18 690,0	33 240,0	76 470,0	19,0	43,5
1960	45 840,0	56 410,0	102 250,0	213 030,0	19,8	44,3
1970	127 170,0	168 300,0	295 470,0	610 810,0	20,8	48,4
1972	155 120,0	213 430,0	369 150,0	757 700,0	20,6	48,7

1) jeweiliger Gebietsstand

2) bis 1938 incl. Transfers, aber ohne Sozialversicherung

3) bis 1938 nur Sozialversicherungsausgaben ohne staatl. Zuweisungen

Quellen: 1938 und früher: ANDRÉ (1971), S. 46-48 u. S. 50 f. und  
Annuaire statistique de la France, 1966, résumé rétrospectif,  
S. 561.  
1950 und später: OECD, National Accounts of OECD Countries,  
versch. Jg.

Tabelle 4 Staatsausgaben und Nettosozialprodukt zu Faktorkosten  
in den USA, 1890 - 1972 in Mio US \$ <sup>1)</sup>

Jahr	Ausg. f. Güter & Dienste	Transfers	zusammen	NSPF <sup>2)</sup>	Ausg. f. G. & D. in % von NSPF	Ausg. f. G. & D. u.Tr.in % von NSPF
1890	0,7	0,2	0,9	10,8 <sup>3)</sup>	6,5	8,3
1902	1,3	0,2	1,5	18,4	7,1	8,2
1913	2,3	0,3	2,6	31,5	7,3	8,3
1922	6,0	2,0	8,0	57,2	10,5	14,0
1929	8,5	1,7	10,2	79,5	10,7	12,8
1932	8,1	2,5	10,6	42,8	18,9	24,8
1940	14,1	4,4	18,5	81,1	17,4	22,8
1950	40,9	22,8	63,7	242,2	16,9	26,3
1960	106,0	35,9	141,9	417,1	25,4	34,0
1970	245,1	97,4	324,5	800,3	30,6	40,5
1972	283,6	121,1	404,7	948,2	29,9	42,7

1) jeweiliger Gebietsstand

2) NSPF = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten

3) teilweise eigene Schätzung

Quellen: 1940 und früher: Staatsausgaben: MUSGRAVE (1969), S. 364,  
NSPF: MARTIN (1939), S. 6 f. u. Economic Report of the  
President (1972), S. 209.  
1950 und später: OECD, National Accounts of OECD Countries,  
versch. Jg.

Tabelle 5 Staatsausgaben und Nettosozialprodukt zu Faktorkosten  
in Großbritannien, 1890 - 1972 in Mio £ <sup>1)</sup>

Jahr	Ausg. f. Güter & Dienste	Transfers	zusammen	NSPF <sup>2)</sup>	Ausg.f. G. & D. in % v. NSPF	Ausg. f. G. & D. u. Tr. in % v. NSPF
1890	96,6	33,7	130,6	1 385,0	7,0	9,4
1900	244,6	36,2	280,8	1 750,0	14,0	16,0
1913	246,5	58,9	305,4	2 265,0	10,9	13,5
1922	603,2	574,1	1 177,3	3 856,0	15,6	30,5
1929	565,8	541,4	1 107,2	4 178,0	13,5	28,0
1932	542,8	595,2	1 138,0	3 568,0	15,2	31,9
1938	1 041,4	545,6	1 587,0	4 671,0	22,3	34,0
1950	2 446,0	2 020,0	4 466,0	10 781,0	22,7	41,4
1960	5 127,0	3 261,0	8 388,0	20 913,0	24,5	40,1
1970	11 378,0	7 836,0	19 214,0	38 675,0	29,4	49,7
1972	14 351,0	10 033,0	24 384,0	48 006,0	29,9	50,8

1) jeweiliger Gebietsstand

2) Nettosozialprodukt zu Faktorkosten

Quellen: 1938 und früher: Staatsausgaben: PEACOCK und WISEMAN (1961),  
S. 164 f. und S. 174-177; NSPF: MITCHELL (1962), S. 367 f.  
1950 und später: OECD, National Accounts of OECD Countries,  
versch. Jg.

Literaturverzeichnis

- A. ALCHIAN und R. A. KESSEL, Competition, Monopoly, and the Pursuit of Money, in NBER (Hrsg.), Aspects of Labor Economics, Princeton, N. J., Princeton Univ. Press., 1962, S. 157 - 175.
- R. C. AMACHER, R. T. TOLLISON, T. D. WILLET, A Budget Size in a Democracy: A Review of Arguments, Publ. Fin. Quart., Vol. 3, April 1975, No. 2, S. 99 - 121.
- C. ANDRÉ, La constitution de séries définitives des dépenses publiques de 1872 à 1971 et une analyse de leur évolution, in: C. ANDRÉ, R. DELORME und A. KOUÉVI, Étude analytique et numérique des tendances significatives et des facteurs explicatifs de l'évolution de dépenses et recettes publiques françaises au cours de la période 1870 - 1970, Paris, CEPREMAP (Centre d'études prospectives d'économie mathématique appliquées à la planification), Décembre 1973.
- S. ANDIĆ und J. VEVERKA, The Growth of Government Expenditure in Germany since the Unification, Finanzarchiv, N. F. Bd. 23, 1964, Heft 2, S. 169 - 278.
- F. M. BATOR, The Question of Government Spending - Public Needs and Private Wants, New York, Harper & Row, 1960.
- W. J. BAUMOL, Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, Am. Ec. R., Vol. LVII, June 1967, No. 3, S. 414 - 426.
- G. S. BECKER, with assistance of M. GROSSMAN and R. T. MICHAEL, Economic Theory, New York, A. A. Knopf, Inc., 1971.
- TH. BERGSTROM und R. P. GOODMAN, Private Demand for Public Goods, Am. Ec. R., Vol. LXIII, June 1973, No. 3, S. 280 - 296.
- B. BLANKART, Arbeitskräftenachfrage im Konjunkturablauf - das Problem des temporären Hortens von Arbeitskräften, Schweiz. Zs. f. Volksw. u. Stat., 109. Jg., 1973, Heft 2, S. 171 - 185.
- B. BLANKART, Grenzen der konstitutionellen Eigentumsgarantie, Jb. f. Sozialwiss., Bd. 26, 1975, Heft 1, S. 10 - 21.
- H. P. BONES und L. C. ALLEN, The Outputs of the Hospital Industry: A Proposal for Their Identification and Measurement, Manuskri., Industry Product Division, Statistics Canada, Ottawa, Canada, 1973.
- T. BORCHERDING und R. DEACON, The Demand for Services of Non-Federal Governments, Am. Ec. R., Vol. LXII, Dec. 1972, No. 5, S. 891 - 901. ✕
- D. F. BRADFORD, R. A. MALT und W. E. OATES, The Rising Cost of Local Public Services: Some Evidence and Reflections, Nat. Tax J., Vol. XXII, June 1969, No. 2, S. 185 - 202.
- G. BRENNAN, 'Pareto-Optimal Redistribution': A Perspective, Finanzarchiv N. F., Bd. 33, 1975, Heft 2, S. 237 - 271.
- J. M. BUCHANAN, Fiscal Institutions and Efficiency in Collective Outlay, Am. Ec. R., Vol. LIV, P & P, May 1964, No. 3, S. 227 - 235.
- J. M. BUCHANAN, An Economic Theory of Clubs, Economica, February 1965, S. 1 - 14 (1965a).
- J. M. BUCHANAN, The Inconsistencies of the National Health Service, The Institute of Economic Affairs, Occasional Paper, 7, London 1965 (1965b).

- J. M. BUCHANAN, Public Finance in Democratic Process, Fiscal Institutions and Individual Choice, Chapel Hill, The University of North Carolina Press, 1967.
- J. M. BUCHANAN, The Political Economy of the Welfare State, Paper presented at Capitalism and Freedom Conference, Charlottesville, 1972.
- J. M. BUCHANAN, The Limits of Liberty: Between Anarchy and Leviathan, Chicago, London, The University of Chicago Press, 1975.
- J. M. BUCHANAN und G. TULLOCK, The Calculus of Consent, Logical Foundations of Constitutional Democracy, Ann Arbor, The University of Michigan Press, 1962.
- W. C. BUSH und R. J. MACKAY, A Collective Choice Analysis of the Growing Public Sector, erscheint in: T. E. BORCHERDING, Hrsg., Budgets and Bureaucrats, The Sources of Government Growth, Durham, N. C., Duke Univ. Press, 1975.
- N. S. CHEUNG, The Structure of a Contract and the Theory of a Non-Exclusive Resource, J. of Law & Econ., Vol. XIII, April 1970, No. 1, S. 49 - 70.
- CIVIL SERVICE COMMISSION, GENERAL ACCOUNTING OFFICE and OFFICE OF THE MANAGEMENT AND BUDGET, Measuring and Enhancing Productivity in the Federal Sector, A Study prepared for the uses of the Joint Economic Committee Congress of the United States, Washington, D. C., U. S. Government Printing Office, 1972.
- C. CLARK, The Conditions of Economic Progress, London, Macmillan, 1940, Third ed., 1957.
- O. A. DAVIS; M. A. H. DEMPSTER, A. WILDAVSKY, Towards a Predictive Theory of Government Expenditure: US Domestic Appropriations, Brit. J. of Pol. Sc., Vol. 4, Oct. 1974, Part 4, S. 419 - 452.
- A. DOWNS, An Economic Theory of Democracy, New York, Harper & Row, 1957.
- A. DOWNS, Why the Government Budget Is Too Small in a Democracy, World Politics, Princeton Univ. Press, Vol. XII, No. 4, 1960, S. 541 - 563, deutsch in: B. S. FREY und W. MEISSNER, Hrsg., Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie, Frankfurt, Fischer Athenäum, 1974, S. 105-126.
- ECONOMIC REPORT OF THE PRESIDENT transmitted to the Congress, Washington, D. C., United States Government Printing Office, 1972.
- S. FABRICANT, The Trend of Government Activity in the United States since 1900, New York, Nat. Bur. of Ec. Res., 1952.
- B. FELDERER, Wirtschaftliches Wachstum und Allokation der Produktionsfaktoren, Karlsruhe, Institut für Wirtschaftsforschung der Universität Karlsruhe (TH), 1974.
- J. FOURASTIÉ, Le grand espoir du XX<sup>e</sup> siècle, progrès technique, progrès économique, progrès social, Paris, Presses universitaires de France, 1949.
- B. S. FREY, Models of Perfect Competition and Pure Democracy, Kyklos, Vol. XXIII, 1970, Fasc. 4, S. 736 - 755.
- B. S. FREY und W. W. POMMERHNE, Two Approaches to Estimating Public Expenditures, Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz, Nr. 65, 1975.
- R. L. FREY, Theorie und Messung der finanzwirtschaftlichen Umverteilung, Neue Aspekte der Verteilungstheorie, in: G. BOMBACH, B. S. FREY und B. GAHLEN, Hrsg., Neue Aspekte der Verteilungstheorie, Tübingen, Mohr, 1974, S. 401 - 434.
- M. FRIEDMAN, Capitalism and Freedom, Chicago und London, Univ. of Chicago Press, 1962.

- V. R. FUCHS, *The Service Economy*, New York, National Bureau of Economic Research, 1968.
- J. C. HARSANYI, *Cardinal Welfare, Individualistic Ethics, and Interpersonal Comparisons of Utility*, *J. of Pol. Ec.*, Vol. LXIII, Aug. 1955, No. 4, S. 309 - 321.
- H. M. HOCHMAN und J. D. RODGERS, *Pareto Optimal Redistribution*, *Am. Ec. R.*, Vol. LIX, September 1969, No. 4, S. 542 - 557.
- W. G. HOFFMANN, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin, Heidelberg, New York, Springer, 1965.
- INSEE, *Annuaire Statistique de la France 1966, résumé rétrospectif*, 72<sup>e</sup> Vol., nouvelle série, No. 14.
- R. F. MARTIN, *National Income in the United States, 1799 - 1938*, New York, Nat. Industr. Conference Board, Inc., 1939.
- B. R. MITCHELL with the Collaboration of PH. DEANE, *Abstract of British Historical Statistics*, Cambridge, The University Press, 1962.
- D. C. MUELLER, *Constitutional Democracy and Social Welfare*, *Quart. J. of Ec.*, Vol. LXXXVII, Febr. 1973, No. 1, S. 60 - 80.
- R. A. MUSGRAVE, *Fiscal Systems*, New Haven und London, Yale University Press, 1969.
- R. A. MUSGRAVE und J. M. CULBERTSON, *The Growth of Public Expenditures in the United States, 1890 - 1948*, *Nat. Tax J.*, Vol. VI, June 1953, No. 2, S. 97 - 115.
- W. A. NISKANEN, *The Pathology of Politics*, Paper prepared for: Capitalism and Freedom Conference, Charlottesville, Virginia, 1972.
- OECD, Hrsg., *National Accounts of OECD Countries, 1950 - 1968 und 1961 - 1972*.
- W. P. ORZECZOWSKI, *Economic Models of Bureaucracy: Survey, Extensions, and Evidence*, erscheint in: T. E. BORCHERDING, *Budgets and Bureaucrats, The Sources of Government Growth*, Durham, N. C., Duke Univ. Press, 1975.
- A. T. PEACOCK und J. WISEMAN, *The Growth of Public Expenditure in the United Kingdom*, Princeton, National Bureau of Economic Research, Princeton University Press, 1961, 2. Aufl. London, Allen & Unwin 1967.
- W. W. POMMEREHNE, *Statistical Foundations of Government Activity - Compilation of Cross - National and Time-Series Data, vervielfältigt*, Universität Konstanz, 1975.
- J. RAWLS, *A Theory of Justice*, Cambridge, Mass., The Belknap Press of Harvard University Press, 1971.
- H. C. RECKTENWALD, *Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik*, in: H. KÖNIG, Hrsg., *Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, Duncker & Humblot, 1962, S. 199 - 248.
- H. C. RECKTENWALD, *Die Finanzwirtschaft in der Bundesrepublik in der Mitte unseres Jahrhunderts*, *Jb. f. Nat.-Ök. u. Stat.*, Bd. 177, 1965, S. 159 - 191 und S. 240 - 255.
- H. C. RECKTENWALD, *Staatsausgaben in säkularer Sicht, Versuch einer Beschreibung*, in: H. HALLER et al., Hrsg., *Theorie und Praxis des finanzpolitischen Interventionismus*, Tübingen, Mohr, 1970, S. 407 - 430.
- K. SCHMIDT, *Zu einigen Theorien über die relative Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben*, *Finanzarchiv, N. F.*, Bd. 24, 1965, Heft 2, S. 193 - 208.

- K. SCHMIDT, Entwicklungstendenzen der öffentlichen Ausgaben im demokratischen Gruppenstaat, Finanzarchiv, N. F., Bd. 25, 1966, Heft 2, S. 213 - 241.
- R. M. SPANN, Collective Consumption of Private Goods, Public Choice, X Vol. XX, Winter 1974, S. 63 - 81.
- R. M. SPANN, Rates of Productivity Change and the Growth of State and Local Government Expenditures, erscheint in: T. E. BORCHERDING, X Hrsg., Budgets and Bureaucrats, The Sources of Government Growth, Durham, N. C., Duke Univ. Press, 1975.
- E. STREISSLER, Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, mit vier Anhängen, zwei von G. O. OROSEL, Zürich, Schulthess, Polygraphischer Verlag AG, 1973.
- L. C. THUROW, The Income Distribution as Pure Public Good, Quart. J. of Ec., Vol. 85, May 1971, No. 2. S. 327 - 336.
- H. TIMM, das Gesetz der wachsenden Staatsausgaben, Finanzarchiv, N. F., Bd. 21, 1961, Heft 2, S. 201 - 247.
- G. TULLOCK, Problems of Majority Voting, J. Pol. Ec., Vol. 67, Dec. 1959, No. 6, S. 571 - 579.
- G. TULLOCK, The Charity of the Uncharitable, Western Ec. J., Vol. IX, Dec. 1971, No. 4, S. 379 - 392.
- U. S. DEPARTMENT OF COMMERCE, Bureau of the Census Historical Statistics of the United States, Colonial Time to 1957, Washington, D. C., US Government Printing Office, 1961.
- J. VEVERKA, The Growth of Government Expenditures in the United Kingdom Since 1790, Scottish J. of Pol. Ec., Vol. 10, Febr. 1963, S. 111-127.
- W. VICKREY, Pricing in Urban and Suburban Transport, Am. Ec. R., P & P, Vol. LIII, May 1963, No. 2, S. 452 - 465.
- R. E. WAGNER, The Fiscal Organization of American Federalism: Discription, Analysis, Reform, Chicago, Markham, 1971.
- R. E. WAGNER, Death and Taxes, Washington, D. C., American Enterprise Institute, 1973 (1973 a).
- R. E. WAGNER, The Public Economy, Chicago, Markham, 1973 (1973 b).
- B. A. WEISBROD, Toward a Theory of the Voluntary Non-Profit Sector in a Three-Sector Economy, Institute for Research on Poverty, Discussion Papers, University of Wisconsin-Madison, Nr. 132 - 172, 1972.
- O. WEITZEL, Die Entwicklung der Staatsausgaben in Deutschland, Eine Analyse der öffentlichen Aktivität in ihrer Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Wachstum, Diss., Erlangen-Nürnberg, 1967.
- A. WILDAVSKY, The Politics of the Budgetary Process, Boston, Little, y Brown and Comp., Inc., 1964.
- O. E. WILLIAMSON, The Economics of Discretionary Behavior, Managerial Objectives in a Theory of the Firm, Englewood Cliffs, Prentice Hall Inc., 1964.
- O. E. WILLIAMSON, A Rational Theory of the Federal Budgeting Process, in: G. TULLOCK, Hrsg., Papers on Non-Market Decision Making, Vol. II, Charlottesville, Va., Th. Jefferson Center for Political Economy, 1967, S. 71 - 89.